

Verlag u. Geschäftsstellen
Halle (Saale), Burg 42-44.
Fernruf 1047.
Eröffnet von 7 1/2 Uhr früh
bis 5 Uhr nachmittags.
Verkaufspreis: Leipzig 1918.

Volksblatt

Druckerei:
Halle (Saale), Burg 42-44.
Fernruf 1045.
Eröffnet: Nur werktags
von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Drei Haus monatl. 1,75 Mk., vierteljährl. 5,25 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 1,75 Mk., ohne Zustellungsgeld.

Erhebt jeden Freitag nachmittags.
Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Wählerkreis Halle u. Spalte; 60 Pf. für Restorte, anschließend an den dreizehntägigen Zeitstellen.

Ungarische Volksrepublik.

Vom Rätesystem zur sozialistischen Demokratie.

In Ungarn herrschen schon seit vielen Monaten außerordentlich schwierige Verhältnisse, deren die frühere bürgerliche Regierung nicht Herr werden konnte. Im März 1919 trat der damalige Ministerpräsident Graf Karolyi zurück, und kamplios überließ die ungarische Vorkriegsregierung dem Proletariat die vollkommene Macht. Sie war sich der Schwere der Situation und der eigenen Unfähigkeit vollkommen bewußt. Mit frischem Mutem ging das Proletariat an das schwere Werk. Es gab Ungarn eine Sowjetverfassung ähnlich der Russlands, an deren Spitze ein Zentralrat saß und eine von diesem ernannte Regierung handelte. Das vollkommen einige Proletariat Ungarns erkannte klar, daß es das Band aus seiner schwierigen Lage nur durch den Sozialismus freisetzen könne. Die Vorbereitungsarbeiten wurden begonnen und die Maßnahmen eingeleitet.

Durch diese sozialistischen Schritte wurde aber der Widerstand der alten noch so schließlichen und mühsamen Kapitalisten Ungarns geweckt. Mit Waffen gewollt und mit Unterstützung der tschechischen und rumänischen Kapitalisten führten sie einen schmerzhaften Kampf gegen die Sozialisten. Dieses stellte ihnen eine heftigste Arbeiterarmee entgegen, die in langen Kämpfen für ihren Freiheitskampf eingestanden hat. Viele Städte hat die ungarische Arbeiterarmee über die Soldaten der ungarischen, rumänischen und tschechischen Kapitalisten erungen — und die able und operativen Regierung der Kämpfer des Proletariats sah eine Materie, an der der Kampf der Kapitalisten des Landes gebunden würde.

Da kamen dem nachfolgenden ungarischen Bürgertum die kapitalistischen Regierungen der Entente mit der ganzen Macht des militärischen Apparates, der hinter ihnen steht, zu Hilfe. Die Entente unterstützte den Kampf der Magnaten Ungarns, Magnaten und der Adelsfamilie, führte die Wladod gegen Ungarn auf das strengste durch und legte die ungarische Industrie dem Vorkriegsstand der tschechischen Industrie gleich.

Unter Anwendung von brutaler Nachmittel der Kapitalisten sah der ganze Welt wurde Sowjetungarn besiegelt. Die Entente stellte zur Aufnahme der Friedensbedingungen die Vorbedingung, daß die Regierung zurückzutreten habe. Das ungarische Proletariat mußte sich dem beugen, und der noch immer bestehende Zentralrat sah an Stelle der Regierung Bela Kun eine solche aus seinen leitenden Mitgliedern und aus Führern der ungarischen Gewerkschaften eingeleitet. Wir finden darunter die Namen bekanntester Genossen, wie Peter Agoston und Alexander Garbai. Diese neugebildete Regierung trägt einen gemäßigteren Charakter, wie die Bela Kun, doch kann man noch nicht sagen, wie die Nachbarn in Ungarn sich in den nächsten Tagen gestalten werden. Nach dem Neuen Wiener Tageblatt soll ein Vertreter der Entente in Wien erklärt haben, daß die Entente sich mit der neugebildeten Regierung nicht zufrieden geben werde und ein Koalitionskabinett unter Teilnahme der Sozialisten und einer Nationalversammlung verlangen werde. Andere Meldungen berichten von einem Ruf nach dem ungarischen Volk zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung aufzufordern und verweist, daß die Entente der neugebildeten Regierung wohlwollend gegenüberstehe. Tatsache scheint, daß die militärischen Aktionen gegen Ungarn eingestellt sind.

Charakteristisch für die Verhältnisse in Ungarn ist aber der Umstand, daß es trotz der militärischen Niederlage und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Ungarn jetzt abermals zur Bildung einer neuen Arbeiterregierung gekommen ist. Die Macht des Proletariats muß aber im Lande so überlegen sein, daß eine bürgerliche Regierung zunächst nicht wohl, ernsthaft begehren kann. Das ist und ein Beweis, daß in einem so weit vorgeschrittenen Stadium des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit wie in Ungarn auch ein Waffenstillstand der Kapitalisten dem Proletariat nicht mehr das Bewußtsein seiner Macht rauben kann. Vorübergehend könnte ein solcher Sieg wohl wieder die Macht in die Hand des Bürgertums bringen, doch das im Kampf erachtete und erweiterte Machtbewußtsein des Proletariats wird sich nicht mehr unterhalten lassen, auch nicht von den Kapitalisten der halben Welt, wie in Ungarn. An den vier Monaten schwieriger Kämpfe wurde dem Proletariat Ungarns durch die praktische Erkenntnis eingeschärmt, daß nur der Sozialismus die Lösung der schwierigen Probleme bringen kann.

Diese klare Erkenntnis wird die Grundlage seines Kampfes und damit seiner Macht sein. Den Proletariaten der anderen Länder legt aber der große Sieg des internationalen Sozialismus gegen das Proletariat und den Sozialismus die Pflicht mit, aller Entschiedenheit den Kampf zu führen zur Unterdrückung der Macht des eigenen Kapitalismus, da sie damit dem internationalen Proletariat immer neue Stützpunkte schafft in seinem riesigen Kampf für den Sozialismus.

Das Programm der neuen Regierung formulierten der Minister Kallon wie folgt: Vom Rätesystem gehen wir zum System der Demokratie über, gegenüber der Entente verpflichteten wir uns zur Ausarbeitung eines neuen Verfassungsentwurfes und zur Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung. Die neue Regierung steht auf dem Standpunkt der Ausschließung der Sozialisten aus dem Kabinett, sondern die sozialistische Nationalversammlung zu bestimmen haben. Die sozialistischen

Vertriebe werden bis zum Aufkommen der Nationalversammlung im Dienste der gesellschaftlichen Produktion bleiben. Die amtliche Bezeichnung des ungarischen Staates ist: „Ungarische Volksrepublik“. Es wird vollständig die Verantwortung für politische Schritte, welche während der Herrschaft der Regierung begangen wurden, erlassen.

Bela Kun ist in Wien eingetroffen, wo er interniert wurde. Mit ihm trafen auch Kandler und der Volksbeauftragte Soos in Wien ein. Sie wurden zum Polizeidirektor geföhrt, von wo sie nach erfolgter Vernehmung ins Internierungslager nach Dorotheendorf gebracht wurden.

Bürgerlicher Haß gegen das Rätesystem.

Den Vorkriegs ungarischen Regierung legte das Berliner Tageblatt mit folgenden Worten:

„Die Regierung hat in den fünf Monaten, während deren sie das Land durch den rätschistischen Terror unruhmreich hielt, nach innen und außen vollkommen abgewirtschaftet. Dem militärischen Zusammenbruch an der Westfront, den die vergangene Woche brachte, nachdem schon früher die den Tschechoslowaken gegenüber erlangten Erfolge wieder zerfallen waren, folgte der politische Zusammenbruch mit Notwendigkeit. Durch die Segnungen des Volkseigentums ist nicht allein die industrielle Produktion des Landes vollkommen zugrunde gerichtet, seine Finanzen und seine auswärtigen Handelsbeziehungen in ein Chaos verwandelt, sondern auch das ganze Erziehungswesen und das Wohlgebrachte und ein großer Teil der Bevölkerung der bittersten Not überantwortet worden.“

Es ist für das Berliner Tageblatt eine Selbstverständlichkeit, daß einzig und allein die Regierung für die wirtschaftliche Not Ungarns die Schuld trägt. Doch sie nach innen vollständig abgewirtschaftet hat, ist eine gute Erfindung, und doch sie im Streit mit sämtlicher Entente der Entente sich nicht beugen konnte, wird man auch nicht als Beweis der Schwäche des Systems der Regierung aufzuführen lassen können, inwiefern auch das kapitalistische Regime und vielmal größere Deutschland mit seinen Verbündeten das gleiche Schicksal teilte. Da das Berliner Tageblatt an der neuen sozialistischen Regierung Freude haben würde, müßten wir noch begreiflicher, wenn es keine Freude über eine weitere Verengung der gesellschaftlichen, sozialistischen Regierung, wie das Tageblatt das neue Ministerium bezeichnet, nicht müde genug sein, als der Sturz der Regierung Bela Kun. Denn nicht dem angeblichen Terror, sondern dem Sozialismus gilt der größte Haß des Berliner Tagesblattes.

Generalstreik der Raliarbeiter.

Konferenz der Raliarbeiter Deutschlands.

Am 8. August 1919 tagte in Halle im Volkspark die vom Bezirksverband der Raliarbeiter einberufene Reichskonferenz der Raliarbeiter, zu der rund 100 Werke Vertreter entsandt hatten. Auf der Konferenz wurde einmündig festgestellt, daß in allen Raliarbeitskreisen Deutschlands (Saale, Anhalt, Nordhausen, Wehratal, Eichsfeld, Westeregeln, Hildesheim, Anhalt, Braunschweig, Hannover, Süddeutschland) gestreikt wird.

Zwei Drittel Werke liegen still!

Durch diese Feststellungen bricht das Längengebäude der bürgerlichen und sozialistischen Presse in sich zusammen. In der Absicht, die Raliarbeiter zurückzuführen und deren Geschlossenheit zu zerschüttern, bereicherten die Kapitalistenblätter in Preußen von einem „Mißerfolg“ des Raliarbeiterstreiks, indem dieser sich nur auf das Saalische Gebiet, und zwar auf drei Werke, erstreckte. In den anderen Kreisen, z. B. Eichsfeld, Hildesheim, Westeregeln usw., sei der Streik abgeblieben. Dazu sei bemerkt, daß gerade in diesen Kreisen die Verhältnisse sämtlicher Werke sich im Aufbruch befinden, in Stuttgart hat sich sogar die chemische und die Metallindustrie angekündigt. Mit den schätzbarsten Mitteln verfuhr die Verleumdungen, den Streik im Entschien zu ersticken, indem sie den Verleumdungen durch Anstachelung, Telefongespräche usw. beizutragen, es würde „nichts“ gestreikt.“

Alle diese Machenschaften nützen nichts. Die Raliarbeiter hielten fest an ihren Konferenzbeschlüssen; der Generalstreik hat mit voller Wucht überall eingesetzt.

Die Streikenden sind einmündig entschlossen, durchdrungen von der Berechtigung ihrer aufgeregten, rein wirtschaftlichen Forderungen, in den ihnen aufgestellten Kampfabstand zu halten und ihn keineswegs den Verleumdungen auszuweichen zu lassen. Die amnestierten Vertreter einer Anzahl Werke, die sich bis jetzt noch nicht am Streik beteiligt haben, erklärten, daß sie von ihnen vertretenen Raliarbeiter sich sofort dem allgemeinen Anstand anschließen werden; so daß binnen kurzer Zeit die gesamte Raliarindustrie stillliegt.

Folgende Resolution wurde von der Konferenzteilnehmern einstimmig angenommen.

„Die Reichskonferenz der Raliarbeiter Deutschlands, die am 8. August in Halle tagte, ruft, nachdem bis heute zwei Drittel der gesamten Raliarbeiter sich geschlossen durch die Arbeitsniederlegung hinter die aufgeregten Forderungen gestellt haben, die übrigen Kameraden der Raliarbeiter Deutschlands auf, sich vollständig geschlossen, in Anbetracht der Dinge, die sich vollziehen, anzuschließen. An dem liegt es jetzt, den Ring ganz zu schließen. Dann ist der Sieg und eure Ehrenmännlichkeit gesichert. Wagt nicht den durchsichtigen Schwelbelauchern eurer Organe. Treut Wahn für Wahn für die aufgeregten Ministerberatungen ein! Denkt an eure darbenenden Familien! Denkt an eure Arbeiter! Lebt Solidarität!“

Demer wurde beschloßen, daß Donnerstag, 7. August, in Halle im Volkspark eine erneute Konferenz stattfinden soll, in

der Bericht über Stand der Bewegung zu geben ist. Die Braunkohlenarbeiter des Westfelds, des Oberhessinger und des Saalfelds Braunkohlenreviers übermitteln der Konferenz folgende Sympathieerklärung:

„Die Braunkohlenarbeiter erklären in dem Streik der Raliarbeiter das einzige und notwendige Kampfmittel zur Durchsetzung der aufgeregten Forderungen. Sie erwarten von den Saalfeldern, daß sie sich durch die Beschäftigten der Gewerkschaften, nach durch das handwerkliche Gewerbe der sozialistischen Ausdehnung in ihren berechneten Maßnahmen beizugehen lassen und bis zum letzten Augenblick geschlossen zusammenstehen. Sie erklären den Raliarbeitern ihre volle Sympathie und sind, wenn es sich als unbedingt notwendig herausstellen sollte, bereit, mit allen Mitteln zur Unterstützung des Kampfes beizutragen.“

Auf die am Donnerstag, den 7. August, vormittags 10 Uhr, in Halle im Volkspark stattfindende Reichs-Raliarbeiter-Konferenz, in der nach Abgabe des Situationsberichts die Stellung angenommen werden soll über die weitere Ausgestaltung der Raliarbeiter, sei hier ausdrücklich hingewiesen. Der Schwelbelauch und jede nicht zur Schwelbelauchung gehörige demütige und Unhöflichkeit muß auf dieser äußerst wichtigen Konferenz mindestens einen Vertreter entenden.

Ein Milliardenraub.

Weber die Sozialisierung des Braunkohlenbergbaus finden wir in der Presse der Reichssozialisten einer Mitteilung von H. K. Herzog, den wir in folgendem wiedergeben.

Endlich plant die Regierung, den Braunkohlenbergbau zu sozialisieren. Damit wird ein privatkapitalistisches Monopol beseitigt, das zurzeit kein soziales Monopol auf die Ausnutzung des Volkes eingestellt ist. Doch hier nicht weiter ausgeführt wurde, ist eine der zahlreichen Schwächen der Sozialpolitik, zu der wir durch die Schuld der Unabgängigen und ihrer weiser links stehenden Freunde gezwungen waren und teilweise noch sind.

Der Braunkohlenbergbau ist aber auch einer der ganz besten Objekte, die sich gegenwärtig zur Sozialisierung eignen. Weber beim Sozialisieren noch dem Raliarbeiter ist diese Frage möglich. Die Sozialisten werden es erlernen, was Reich der Aufhebung der jetzigen Lohnhöhe und der heutigen Einstiegspreise im Jahr eine

Zunahme von mindestens 2 Milliarden

Mark kosten. Beim Raliarbergbau würde unter den gleichen Voraussetzungen 24 Milliarden Mark jährlich erforderlich sein. Die Sozialisten muß aber einen verteilbaren Hoes haben, sonst wird sie ein Unflug. Es soll eine größere und geordnete Ergiebigkeit der Produktion liefern, die wirtschaftliche des Arbeiters mindestens nicht verschlechtern und der Gesamtheit Nutzen bringen. Underschieds würden sich die Arbeiter für die Sozialisierung schon bekamen. Liegen diese Voraussetzungen heute beim Braunkohlen- und Raliarbergbau nicht — oder noch nicht — vor, so find sie beim Braunkohlenbergbau ohne Zweifel zeitlos erfüllt.

Die kapitalistische Senne im Braunkohlenbergbau kent heute noch in dem Augen augenmerkt, die goldene Erde. Es wird die Effektivität interessen, das zu sozialisierende Objekt etwas genauer kennenzulernen. Um so mehr, als die Braunkohle aus bei der fürchterlichen Einstiegsnoten reiten kann und muß.

In Mitteldeutschland kostet heute der

Reiner Braunkohlenbruttos 420 Mark:

das ergibt für die Tonne 84 Mk. 420 Kohlenstücken (Stücken zwischen 2 und 8 Mk. pro Hektner im Kleinhandelspreis. Als Wert aber kostet die Tonne Braunkohlenbruttos einhundertfünfzig Prozent Kohlenstücke, etwa 60 Mk. Wir finden den Sonderausfall mit 34 Mk. pro Tonne ganz unmeßbar hoch. Er war im Frieden — bei ungeläuter der gleichen Umfassung — um etwa das Vierfache niedriger. Bedenken wir in den Sonderausfall für die Tonne 5 Mk. Frucht aus den benachbarten Braunkohlenbezirken in die mitteldeutschen Städte, so ergibt sich für die ersten vier Monate d. J. bei einer Gesamtproduktion von 28 Millionen Tonnen Braunkohle ein Sonderausfall von 24 Millionen Mark, auf 34 Millionen Mark; auf 34 Millionen Mark; auf 34 Millionen Mark. Wenn nun auch ein großer Teil der Förderung den direkten Weg vom Berg in die Industrie findet, so find die Sondergewinne immer noch aufsteigend genug.

Die Organisation des kommunalen Bergbaus würde dem Volke viele Hunderte von Millionen Mark sparen. Wie weit sich dieser Bergbau, Groß- und Kleinhandel die Finger verhalten, ist bei dem Mangel an statistischen Unterlagen für die letzten 18 Monate nur sehr schwer festzustellen. Man bekommt aber eine Ahnung von dem Gegen, der über die Werksbesitzer und die Braunkohlenhändler niedergel, wenn man die Entlohnung der Braunkohlenindustrie etwas zurück verfolgt. Im Jahre 1908 betrug nach der Statistik des Reichs Reiches der Durchschnittspreis einer Tonne Braunkohles 28 Mk. Der Förderer erhielt eines jeden Arbeiters betrug 885 Tannen oder annähernd 8 Tannen täglich. Dafür erhielt der Bergmann 1908 1919, nach dem Tag 8,33 Mark, pro Tonne also etwa 1,20 Mk. Durch die Einföhrung der Baggermaschinen in den Tagebauen stieg die Förderleistung ab und pro Kopf im Braunkohlenbergbau ungeheuer. Um den Markt zu erobern und die Einstiegspreise zu verdrängen, mußte man dem Preis so weit herabsetzen, wie irgend möglich. Im Jahre 1918, also im zweiten Kriegsjahr, betrug denn auch der Preis

